

Denkschrift
der frigeneen Ausbesserung
der neuen
A. v. Breitbach.

Revolution 1848.

Zur Vorgeschichte der Revolution vom 7. November 1918
in München.

Ueber die Vorgänge, welche sich in Bayern in der Zeit vor dem Umsturz im November 1918 abgespielt haben, besteht in weiten Kreisen Unklarheit.

Deshalb wird der Anschauung Ausdruck gegeben, der Umsturz hätte damals vielleicht vermieden werden können, wenn vorher zur rechten Zeit Staatsregierung und Landtag eine Umgestaltung der Staatsverfassung auf demokratischer Grundlage, insbesondere einer sog. parlamentarischen Regierung, herbeigeführt hätten, ^{gegen einen gewaltsamen Umsturz} und wenn eine bessere Fürsorge getroffen worden wäre.

Auch die vor kurzem im Jahre 1920 erschienene Schrift: „Sozialismus, Soziale Revolution u. Sozialer Volksstaat“ von M. Eweberl, München, 1920, Verlag der Allg. Zeitung Gm. H. H. zeigt, dass der Verfasser nicht immer zutreffend unterrichtet war und in Verschiedenen Richtungen ein unvollständiges u. irriges Bild über die damaligen Verhältnisse gibt.

Es dürfte daher im allgemeinen Interesse, wie im Interesse der beteiligten Personen liegen, wenn die einschlägigen Vorgänge einmal kurz u. sachlich dargelegt werden.

I. Änderung verfassungsrechtlicher Bestimmungen.

- Parlamentarisierung.

In den ersten Jahren des Weltkrieges wurden von den politischen Parteien des Landes die Wünsche nach einer Änderung grundlegender verfassungsrechtlicher Bestimmungen ~~ausgedrückt~~, und nach einer Umgestaltung der Regierung zurückgestellt. Alles war auf die Abwehr der feindlichen Uebermacht bedacht.

Die ersten entschiedenen Anregungen in diesen Richtungen enthielten die in der Kammer der Abgeordneten eingebrachten

der sozialen Partei vom 28. Sept. 1917 (Beil. Bd. XV II
1907 S. 46). Die Anträge wollten neben einigen
sicher vorherrschenden Punkten die Beseitigung des Sanktionsrechts
des Königs, die Ernennung der Minister u. der Bundesratsbe-
vollmächtigten nach Vorschlag des Landtags, das Selbstbestim-
mungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusam-
mert u. Vertagung, die Einführung des Einkammersystems, dann
die Aufhebung der Privilegien des Königs, seiner Unverantwor-
lichkeit u. seines besonderen Gerichtsstandes.)

Es wurde, kurz gesagt, die Aufhebung der konstitutionellen Mo-
narchie u. eine Republikanisierung Bayerns mit einem Schein-
königtum angestrebt.

Diese tiefen Eingriffe in die grundlegendsten Bestimmungen
des bayerischen Verfassungsrechts wurden begreiflicher Weise
von allen Parteien des Landtags u. von der Staatsregierung
verworfen, ohne dass jedoch ein den Zeitbedürfnissen Rechnung
tragender organischer Ausbau des Verfassungsbetriebes u. der
Gesetzgebung abgelehnt worden wäre. (Zentrum u. Konservative
Insbesondere wurde die Umgestaltung der Reichsratskammer u. des
Fideikommiswesens zugesichert.

Veröf. d. Finanzausschusses d. Kammer der Abgeordneten vom
18. u. 19. Oktober 1917; Erklärung des Vorsitzenden bem. 18.
im Ministerrate Dr. Graf von Hertling im Finanzausschuss vom
18. Oktober 1917. Veröf. d. Kammer d. Abgeordneten vom 1917
19. Oktober 1917; Erklärung des Vorsitzenden im Ministerrate
von Danck in dieser Sitzung. (Stenogr. Bericht d. Kammer d.
Abgeordneten Bd. XVII S. 136) —

Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über die Umgestaltung
der Kammer der Reichsräte wurde vom Minister des Innern sofort
im Herbst 1917 in Angriff genommen, die Einbringung
der Vorlage verzögerte sich aber, da die Verhandlungen
mit der Kammer der Reichsräte grosse Schwierigkeiten
ten.

- 3 -

Diese brachte in ihrer überwiegenden Mehrheit der Frage nur sehr geringes Verständnis entgegen, wollte ~~nur~~ ungenügende Konzessionen machen u. hätte es am liebsten beim Alten gelassen.

Mit Rücksicht auf die Belastung des LANDTAGS in der ordentlichen Tagung 1917/18 (Verhandlung mit den ältesten Ausschuss d. Kammer der Abgeordneten v. 7. III. 1918) einigte sich die Staatsregierung mit den Vertretern der Kammern dahin, dass der Entwurf im Herbst 1918 bei der ausserordentlichen Tagung an die Kammer der Reichsräte kommen soll.

Eine Frage für sich bildete die Einführung des Systems der Verhältniswahl bei den Landtagswahlen, die von der sozialdemokratischen u. liberalen Partei sowie von dem Bauernbund betrieben wurde.

Ziff. 2. des sozialdemokratischen Antrags v. 28. X. 1917 No. 1902,

Ziff. 1. d. Antrags Dr. Hammerschmidt u. Genossen v. 17. ~~III.~~ 1917,
Beil. Bd. XVIII S. 264 No. 2068,

Antrag Dr. Hammerschmidt u. Genossen v. 18. IV. 1918, Beil.

Bd. XVIII S. 53-2322- No. 2322-

Die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten (Zentrum u. konservative Partei) u. die Kammer der Reichsräte wollten von der Einführung allgemeiner Verhältniswahlen für die Kammer der Abgeordneten nichts wissen, sondern nur auf die Grossstädte München (einschliesslich München-Land), Nürnberg-Fürth, Augsburg (einschliesslich Augsburg-Land) u. Ludwigshafen a. Rhein beschränkte Verhältniswahlen zugestehen.

Antrag des Abgeordneten Held u. Genossen v. 9. IV. 1918, Beil. Bd. XVIII S. 57 No. 2328,

Beschluss des Finanzausschusses d. Kammer der Abgeordneten v. 26. IV. ~~1917~~ Beil. Bd. XVIII S. 74 No. 2356,

Verfolgung d. Kammer d. Reichsräte v. 9. VII. 1918, Sten. -Berichte
Bd. V. S. 296.

Die Staatsregierung verhielt sich bei der absoluten Aussichtlosigkeit, dass die nötige verfassungsmässige Mehrheit für die Verhältniswahl in den Kammern des Landtags zu Stande kommt, zu-

rückhaltend, nicht aber grundsätzlich ablehnd--ablehnend.
Erklärung des Ministers des Innern in der Kammer der Abgeordneten
v. 12. VI. 1918, Stenogr. Ber. Bd. XIX S. 234,
Erklärung des Ministers des Innern in der Kammer der Reichsräte
v. 9. VII. 1918, Stenogr. Ber. Bd. XIX S. 292-
Die Verhältnisse änderten sich als nach dem Zusammenbruch der
militärischen Front im Herbst 1918 u. im Zusammenhang mit dem
deutschen Waffenstillstandsangebot im Reiche die Parlamentarisierung
u. andere demokratische Reformen zur Durchführung kamen.

Die bayerische Staatsregierung hat trotz der Bedenken, die gegen diese Entwicklung im Reiche gerade vom Standpunkt
der Selbstständigkeit der Bundesstaaten vorlagen, für das Reich
keine Schwierigkeiten gemacht. Sie war sich ausserdem nicht im
Zweifel darüber, dass die Entwicklung im Reiche weitgehende Folgen
Folgen für das innere Verfassungslieben Bayerns, wie aller Bundes-
staaten, haben wird. Als bei der Besprechung des Vorsitzenden
im Ministerrate u. des Ministers des Innern, der Finanzen u. des
Kultus mit dem Altesten Räte der Kammer der Abgeordneten am 14. 8.

X. 1918 über das Arbeitsprogramm ~~zu~~ Tagung des Landtages die
Vertreter der liberalen u. sozialdemokratischen Partei erklärten,
sie würden die Fragen der Einführung der allgemeinen Verhältnisz-
wahl für den Landtag u. Parlamentarisierung der Regierung aufstellen,
wurde ~~hie~~ gegen der Staatsregierung durchaus keine Bedenken erhoben.

In seiner Programmrede in der Kammer der Abgeordneten
für die beginnende Tagung am 16. X. 1918 (Stenogr. Ber. Bd. XX.
S. 9) teilte der Vorsitzende im Ministerrate v. Dandl seinem
der Staatsregierung mit, dass diese u. der König einer fortschrit-
tlichen Verfassung des Landes keine Hindernisse in den Weg legen,
dass insbesondere dem Landtag in Hülde ein Gesetzentwurf über
die Ausgestaltung der Kammer der Reichsräte zugehen werde, dass

die Regierung keine grundsätzliche Gegenrein der Verhältniswahlen für den Landtag u. bereit sei, neuerdings in Erörterung über die Auseinandersetzung dieser zu treten, um einen Ausgleich der widersprechenden Auffassungen herzustellen. 4. ferner, dass die Staatsregierung mit den beiden Kammern des Landtags die Frage erörtern wolle, in welcher Weise unter Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse Mitglieder der Volksvertretung zu Regierungsgeschäften herangezogen werden sollen.

Cleich vom 17. Okt. 1918 ab fanden fortgesetzt eingehende Verhandlungen der Staatsregierung ^{insbesondere des Vorsitzenden des Ministeriums} u. des Ministers des Innern, mit den Vertretern der Parteien u. mit den Präsidenten der Kämmer der Reichsräte, Fürsten Pugger v. Clöß u. Dr. Graf v. Crailsheim, über die durchzuführenden innerpolitischen Reformen statt.

Die Verhandlungen bezogen sich insbesondere auf die Reform der Kammer der Reichsräte (Bildung u. Befugnisse), auf die Einführung des Verhältniswahlsystems bei den Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, für die Landräte, die Distrikträte u. für ~~Landesverwaltung~~ die Verhältniswahlssysteme der kleineren Gemeinden, auf die Parlamenterierung ~~der Regierung, auf~~ die Bildung eines neuen Ministeriums für soziale Angelegenheiten u. auf die Einführung einjähriger Finanzperioden.

Die Verhandlungen waren besonders schwierig, da insbesondere Anfangs fast unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem Zentrum u. den Konservativen einerseits u. den Sozialdemokraten ^{und} anderseits bezüglich der Fragen der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten u. der Parlamentarisierung bestanden. Die letzteren zwei Parteien verlangten allgemeine Verhältniswahlen u. eine wirkliche Parlamentarisierung, d.h. die Ernennung der Minister im Einvernehmen mit dem Landtag u. zum Teil aus diesem.

Die rechts stehenden Parteien wollten zunächst nur eine Umbildung

- 6. - des Staatsrates, insbesondere eine Anzahl parlamentarischer Staatsräte, u. Verhältniswahlen nach dem Vorbild Württembergs zugestehen, wo nur eine begrenzte Zahl von Abgeordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl neben den ^{Abgeordneten} _{unteren} gewählt wurde.

Im Verlaufe der Verhandlungen einigten sich zwar die Zentrumspartei u. die liberale Partei dahin, dass die Verhältniswahl in 5 Grossstadt- u. in 8 Regierungswahlkreisen ohne die Grossstädte durchzuführen ^{Begrisse} u. bezüglich der Parlamentarisierung fanden sich alle Parteien ausser den Sozialdemokraten ^{zusammen} auf dem Beden der Umbildung des Staatsrates ^{zu} ~~zu~~ in einen politisch verantwortlichen Körper, in dem eine Anzahl von Abgeordneten (9) u. Reichsräten (3) Aufnahme finden sollten.

Die sozialdemokratische Partei zeigte zwar anfangs Entgegenkommen, lehnte aber bald unter dem Einflusse radikalgezinnerter Mitglieder ^{da die pro Interessen des Volkes nicht genügt Rechnung trage} diese Regelung ab, u. verlangte mit Nachdruck die Durchführung der Verhältniswahl für die Kammer der Abgeordneten in 8 Wahlkreisen ohne Ausscheidung der Grossstädte u. eine wirkliche Parlamentarisierung --- parlamentarische Regierung.

Mit-Rücksicht auf die sozialdemokratische Partei
Mit Rücksicht auf diese Stellung der sozialdemokratischen Partei zog die liberale Partei ihr Einverständnis zur Umgestaltung des Staatsrates zurück u. verlangte gleichfalls volle Parlamentarisierung.

In Folge dessen u. da eine rasche Klärung der stark politischen belasteten Lage dringend geboten war, stellte sich die Staatsregierung ebenfalls entschieden auf den Standpunkt, dass eine Umbildung des Staatsrates, die an sich nicht genügsam glücklich bezeichnet werden konnte, nicht genüge sondern eine wirkliche Parlamentarisierung durchzuführen sei.

Zu diesem Zwecke solle dem König vorgeschlagen werden, dass er an das Gesamtstaatsministerium ein Handschreiben erlasses, in dem

er kundgibt, wie er zur Sicherung eines stärkeren Einflusses der Volksvertretung auf die Regierung für notwendig erachtet, dass die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister als die höchsten verantwortlichen Beamten zugleich dauernd vom Vertrauen des Landtags als der ~~vergläzungsmässigen~~ Vertretung des Bayerischen Volkes getragen werden. Der Krone seien deshalb künftig Vorschläge zur Neubesetzung von Staatsministern nur noch nach vorgängigem Benehmen mit den Kammern des Landtags zu unterbreiten.

Sobald dieses Handschreiben vorliegt, hätte das Gesamtministerium seine Entlassung zu nehmen, worauf der König nach Benehmen mit Vertretern des Landtags ein Mitglied des Ministeriums oder eine sonst geeignete Persönlichkeit mit der Umbildung des Ministeriums zu beauftragen hätte, in dem mehrere Parlamentarier als Minister mit ~~ih~~ abgegrenzten Wirkungskreis Aufnahme zu finden hätten. Art. 36 Abs. I des Landtagsgesetzes wäre, um diese zu ermöglichen, schleunigst aufzuheben.

Bezüglich der ~~verhältniszahl~~ stellte sich die Staatsregierung im Interesse der Ruhe im Lande gleichfalls entschieden auf den Standpunkt, dass die Wahl in 8 Wahlkreisen ohne Ausscheidung der Großstädte durchzuführen sei. Das neue Wahlgesetz sollte ebenfalls mit möglichster Beschleunigung eingebracht werden.

In langen Verhandlungen (Niederschriften wurden nicht gefertigt) am 30. u. 31. M. & 2. November 1918 wurde schliesslich einstimmig die vorstehenden Vorschläge angenommen u. auch bezüglich der anderen durchzuführenden Massnahmen Einigkeit erzielt.

Das Ergebnis wurde am 2. November- Nov. Abends im Ministerium des Innern durch den eingesetzten Feststellungsausschuss (Präsident der Kammer der Abgeordneten v. Puchs; 1. Ministerpräsident derselben Dr. v. Casselmann; Geh. Hofrat Held, 1. Vorsitzender d. Zentrums, L. Giehrl, stellvert. Vorsitzender

er kundgibt, wie er zur Sicherung eines stärkeren Einflusses der Volksvertretung auf die Regierung für notwendig erachte, dass die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister als die höchsten verantwortlichen Beamten zugleich dauernd vom Vertrauen des Landtags als der vergissungsmässigen Vertretung des Bayerischen Volkes getragen werden. Der Krone seien deshalb künftig Vorschläge zur Neubesetzung von Staatsministern nur noch nach vorgängigem Benehmen mit den Kammern des Landtages zu unterbreiten.

Sobald dieses Handschreiben vorliegt, hätte das Gesamtministerium seine Entlassung zu nehmen, worauf der König nach Benehmen mit Vertretern des Landtags ein Mitglied des Ministeriums oder eine sonst geeignete Persönlichkeit mit der Umbildung des Ministeriums zu beauftragen hätte, in dem mehrere Parlamentarier als Minister mit ~~ur~~ ^{ur} offiziell abgegrenzten Wirkungskreis Aufnahme zu finden hätten. Art. 36 Abs. I des Landtagsgesetzes wäre, um diese zu ermöglichen, schleunigst aufzuheben.

Bezüglich der ~~verhältniswahl~~ stellte sich die Staatsregierung im Interesse der Ruhe im Lande gleichfalls entschieden auf den Standpunkt, dass die Wahl in 8 Wahlkreisen ohne Ausscheidung der Grossstädte durchzuführen sei. Das neue Wahlgesetz sollte ebenfalls mit möglichster Beschleunigung eingebracht werden.

In langen Verhandlungen (Niederschriften wurden nicht gefertigt) am 30. u. 31. x. ~~Oktober~~ 2. November 1918 wurde, schliesslich einstimmig die vorstehenden Vorschläge angenommen u. auch bezüglich der anderen durchzuführenden Massnahmen Einigung erzielt.

Das Ergebnis wurde am 2. November- Nov. Abends im Ministerium den Innern durch den eingesetzten Feststellungsausschuss (Präsident der Kammer der Abgeordneten v. Pusch; I. Ministerpräsident ^{Vize} derselben Dr. v. Casselmann; Geh. Hofrat Held, I. Vorsitzender i. Zentrumsfm; L. Giehrl, stellvert. Vorsitzender

der Zentrumstr. Abgeordneter Dr. L. Gidde (liberal); Abgeordneter E. Auer (Sozialdemokrat), Staatsminister Dr. v. Bretteich) in der anliegenden Sessung niedergelegt.

Die getroffenen Vereinbarungen wurden sofort in der Presse veröffentlicht.

Der König, dem fortgesetzt von den ministern v. Dandl u. Dr. v. Bretteich über den Verlauf der Verhandlungen Vortrag erstattet wurde, u. der volles Verständnis für die Lage und das Gebot der tiefgreifenden Änderungen des Verfassungsrechts zeigte, genehmigte die getroffenen Vereinbarungen u. erließ noch am 2. Nov. das oben erwähnte Handschreiben.

Mit der Neubildung des Ministeriums betraute der König ^{mit den Vertretern der Nationen, die mit dem Kaiser zusammenarbeiten} im Einvernehmen den bisherigen Vorsitzenden im Minister-
~~rate~~^{Kabinett} Minister v. Dandl.

Mit dem Präsidenten der Kammer der Reichsräte, Fürst Fugger v. Glött, wurde seitens der Minister v. Dandl u. Dr. v. Bretteich über die künftige Gestaltung des Verfassungsrechts u. s. A. gleichfalls verhandelt. Fürst Fugger hoffte, dass sich die Kammer mit den Änderungen abfinden werde; nur mit der Einschränkung der Zuständigkeit der Kammer der Reichsräte glaubte er sich nicht befrieden zu können.

Davon, dass eine politische Gruppe um den Abgeordneten E. Auer wie V. Doberl auf S. 26 seiner Schrift "Sozialismus" angibt, sich bemüht habe, einen Mann an die Spitze der Geschäfte zu bringen, der ihr persönlichen Nut mit sozialistischer Zeitung zu paaren u. nach seiner Vergangenheit zwischen Bürgerlichen u. sozialen Kräften vermittel zu können schien, ist den Ministern v. Dandl u. Dr. v. Bretteich nichts bekannt geworden. Alle über die Bildung des neuen Ministeriums gehörten Parteiführer, insbesondere Abg. E. Auer, - weni ^{nach} seinen Ausserungen gegenüber diesen zwei Ministern, waren dafür, dass Herr v. Dandl mit der Neubildung des Ministeriums betraut würde.

höf dafür waren sie, dass Dr. v. Brettreich Minister des Innern bleibe, obgleich dieser sini, male um Prüfung der Frage bat, ob nicht einer anderen Persönlichkeit das Ministerium des Innern zu übertragen wäre. Nur der frühere Oberbürgermeister Dr. v. Gessler von Nürnberg hat in einer Besprechung mit Minister v. Dandl die von diesem in Aussicht genommene Zusammensetzung des neuen Ministerium bemängelt. Er soll dies auch in einer Audienz beim König getan haben.?

Auch davon ist den Ministern v. Dandl u. Dr. v. Brettreich nie etwas bekannt geworden, dass E. Auer unmittelbar vor dem militärischen Zusammenbruch im Hauptquartier u. in München seine warnende Stimme erhoben u. die Aufrichtung einer aus Bürgerlichen u. Sozialdemokraten zusammengesetzten parlamentarischen Koalitionsregierung mit einer repräsentativen Monarchie angestrebt habe. (Döberl, a. d. S. 24.).

Bei wem soll in München die Warnung erfolgt sein? Allenfalls beim König? E. Auer ist wohl mit diesem bei den Empfängen des Ernährungsbeirates zusammengekommen, die der Minister des Innern veranlasste, damit der König sich unmittelbar durch die Mitglieder des Ernährungsbeirates unterrichten lassen könne.

Der letzte Empfang war am 26. August 1918. E. Auer sprach auch bei diesen Empfängen offen mit dem König über die Lage u. Stimmung. Von einer Warnung im Sinne der Döberl schen Schrift war aber keine Rede. Von einer anderen Zusammenkunft des Königs mit E. Auer wissen die Minister v. Dandl u. Dr. v. Brettreich nichts.

An 4. November fand unter dem Vorsitz des Königs Sitzung des Staaterates statt, in welcher der Entwurf über die Aufhebung des Art. 36, I des Landtagswahlgesetzes als Vorbedingung der Parlamentarisierung behandelt wurde. u. der König von den bei der Umbildung des Ministeriums ausscheidenden Ministern v. Thelemann, v. Breunig u. v. Seidlein sich verabschiedete.

Der erwähnte Gesetzentwurf wurde nach der Staateratssitzung ohne Verzug bei der Kammer der Abgeordneten eingebracht, von dieser am Mittwoch den 6. November nachm. ohne Rörteing

erledigt u. einstimmig angenommen.

In der Kammer der Reichsräte sollte der Gesetzentwurf ~~erscheinen~~
am Freitag, den 8. November, Vormittag, zur Erledigung kommen.

Die angeregte frühere Abhaltung der Sitzung wurde als technisch
unmöglich erklärt.

Sofort nach Annahme des Entwurfs in dieser Kammer wäre das Gesetz
vom König sanktioniert ~~wurde~~, werauf unver-- u. veröffentlicht ~~wurde~~,
worauf unverzüglich die neuen Minister, deren Auswahl schon fest-
stand, vom König ernannt worden wären, wenn nicht im letzten Augen-
blick die sozialdemokratische Partei allenfalls Schwierigkeiten ge-
macht hätte, nachdem auffallender Weise ein Vertreter dieser
Partei am 6. November, Vorm. dem Minister des Innern mitgeteilt
hatte, dass seine Partei doch noch Bedenken gegen die getroffenen
Vereinbarungen habe.

Am Donnerstag, den 7. November, Nachmittags ist in München unter
der Führung Kurt Eisner die Revolution ausgebrochen, welche
das geplante fortschrittliche Reformwerk über den Haufen warf, ob-
gleich es von allen Parteien des Landtags, einschliessl. der sozial-
demokratischen Partei, gebilligt worden war.

U. Böberl bemerkt in seiner Schrift "Sozialismus" S. 24 /25
bei der summarischen, kein richtiges Bild über die damalige/
Entwicklung gebenden Darstellung über die in Angriff genommene
Umgestaltung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates,
dass „das, was die Regierung dem Landtag bei seiner Eröffnung
im Oktober 1918 wirklich vorlegte, materiell, wie in der Art,
wie es dargeboten wurde, unzulänglich gewesen, u. dass ferner
der geschichtliche Augenblick zur organischen Bildung einer
Volksregierung- ohne Bruch mit legitimen Mächten u. Ueberlie-
ferung- verpasst worden sei.

Die erstere Bemerkung ist irrig. Beim Zusammentritt des Land-
tags im Oktober 1918 wurden diesen auf die politische Gestal-
tung des Verfassungsrechts bezügliche Vorlagen überhaupt nicht
bereachtet. Der vom Minister des Innern eingebrachte Entwurf eines
Gesetzes über die Änderung der Gemeindeordnungen des Bismarckges.

gesetzes hatte nur Geschäftvereinfachung u. einer dieser dienende Einschränkung der Staatsaufsicht zum Ziele. Die Verlagen über die Umgestaltung der Kammer der Reichsräte war wegen des Widerstrebens dieser leider noch nicht fertig für die Verlage ^{Endbringung} beim Landtag.

In der Zeit vor dem Zusammentritt des Landtags im Oktober 1918 war in Bayern die Lage für tief eingreifende innerpolitische Neugestaltung, wie sie die Verhandlungen von Ende Oktober bringen sollten, sicher noch nicht bereift.

Für eine Demokratisierung u. Parlamentarisierung der Regierung wären damals ~~zweck~~ Krone mit Staatsregierung noch die grosse Mehrheit des Volkes zu haben gewesen. Auch die grosse Mehrheit des bayerischen Volkes war damals noch sehr wenig von den Segnungen einer demokratischen u. parlamentarischen Regierung überzeugt. Als Voraussetzung hierfür musste erst die Umgestaltung im Reiche kommen. Sobald diese eingetreten war, haben auch die zuständigen bayerischen Minister, durchdrungen von der Überzeugung, dass die Vorgänge im Reich leider auch Folgen für das innerpolitische Leben Bayerns haben müssen, am Reformwerk mitgearbeitet u. schliesslich das Programm erzielt, wie es von allen Parteien, einschliesslich der Sozialdemokraten, einstimmig am 2. Nov. angenommen wurde. u. in den nächsten Tagen hätte in Vollzug gesetzt werden sollen. Ein rascheres Vorgehen war bei den schwierigen Verhältnissen unter den politischen Parteien nicht möglich. Ein Beweis dafür, wie wenig geklärt die parlamentarische Lage damals war, ist der Vorgang in der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten am 18. Okt. 1918.

In dieser Sitzung drohte bei der Besprechung der innerpolitischen Reform ^{sozialdemokratische} Abgeordnete Hofmann-Kaiserslautern mit der Revolution, falls nicht schleinigst weitgehende Reformen bezeichnender Art in Angriff genommen werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Ausg. Tübingen gleichfalls in Ruhe auf diese Gefahr hin. Die Drohung war in erster Linie gegen das mit seiner Mehrheit in der Kammer der Abgeordneten Ausschlag gebende Zentrum gerichtet, das damals noch wenig von

einer tiefer eingreifenden Umgestaltung, insbesondere bezüglich des Wahlrechts wissen wollte. Die Redner des Zentrums liessen sich auch zunächst durch die Drohung Hoffmanns nicht beeinflussen. Führer der Partei, insbesondere Dr. v. Pickler, waren sogar sehr unangenehm berührt, dass Staatsminister v. Dandl namens der Staatsregierung, die davon überzeugt war, dass rasch etwas geschehen müsse, auf den Ernst der Lage hinwies u. zum Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 16. Okt. 1918 konnte sich der Vorsitzende im Ministerrat in Anbetracht der damals noch ungeklärten Lage nur ganz allgemein über die Reformfragen äussern.

Es geht nach diesem wohl fehl, davon zu sprechen, dass der richtige Augenblick verpasst worden sei zur Bildung einer Volksregierung.

Die Umstürzler vom 7. Nov. 1918, insbesondere Kurt Eisner, wussten übrigens sehr genau, welche eingreifenden inneren Reformen unmittelbar bevorstanden. Sie liessen sich aber nicht dadurch von ihrem Vorgehen abhalten. Wenn sie wollten mehr, d. h. Sturz der Monarchie u. eine tief eingriffende Sozialisierung des Staatslebens u. Wirtschaftslebens; Forderungen, die auf dem Wege organischer Entwicklung sicher nicht erreichbar waren. Daher kam auch der Umsturz noch unmittelbar vor der Neuordnung.

I. Sicherheitspolizeiliche Verhältnisse.

Bis Ende des Jahres 1917 zeigten sich im Lande keine besonderen Erscheinungen, die auf beabsichtigte allgemeine Störung der öffentlichen Ordnung schliessen liessen. Die Stimmung nahm wohl mit der Länge des Krieges in den grossen Städten, insbesondere im Folgeder schweren Verluste, der ungünstigen Ernährungsfrage, des Mangels an Kleidern, Schuhen u. a. ^{Land}, auf dem Lande wegen der Verluste, dann vor allem wegen der Eingriffe, welche leider die unvermeidliche Zwangswirtschaft erforderte, der Überlastung mit Arbeit, des Mangels an Betriebsmitteln u. a., stark ab. Vereinzelt, wie in München im Juni ¹⁹¹⁷, entstanden auch kurze Unruhen, aber diese waren nicht allgemeiner bedenklich.

Sehr misslich war die zunehmende Verwilderung der heranwachsenden Jugend, vor allem in den grossen Städten u. in den Industriebezirken. Die Kriegsindustrie konnte die jugendlichen Arbeitskräfte bei dem steigenden Arbeitermangel nicht entbehren u. bot ihnen unverhältnismässige ^{hohe} Löhne, die zu einer übertriebenen Genußsucht, zur Verwilderung u. Entzittlichkeit führen mussten. Die stellvertr. Generalkommandos suchten wohl im Benehmen mit den Regierungen durch eine Reihe scharfer Bestimmungen (Einschränkung d. Gasthaus-, Theaters, Kinobesuches, des Rauchens, des Herumtreibens auf den Strassen u. a.) entgegenzuwirken. Ein erfolgreicher Vollzug gelang ^{aber} nicht. Elternhaus, Schule u. Polizei, die alle ihrer besten Kräfte entblöset waren, versagten. Lebrigens hat ^{es} sich die Verwilderung der Jugend nicht nur in Deutschland, sondern auch bei unseren Gegnern gezeigt, nur haben diese den Krieg gewonnen!

Politisch gesehen wurde die heranwachsende Jugend insbesondere in den Kasernen durch die älteren Mannschaften der Ersatztruppen.

teile, vor allem durch die älteren radikalen Herrenschaften u. Frontsoldaten u. in der Kriegsindustrie durch die älteren radikalen Arbeiter beeinflusst. Auch die radikale Presse- trotz militärischer Zensur, die Agitation, in politischen Versammlungen wirkten ein. Das Verbot des Besuches politischer Versammlungen durch Jugendliche ~~hat~~ bekanntlich schon in gewöhnlichen Zeiten wegen Feststellung des Alters der Versammlungsteilnehmer außerordentlich schwierig zu vollziehen.

Ernster Zeichen von allgemeiner Bedeutung traten erstmals Ende Januar 1918 bei dem grossen Streik in der Rüstungsindustrie zu Tage, der ohne Zweifel politischen Ursprung ~~hat~~ u. der auch auf Bayern, insbes. München, übergriff. In diesen Tagen zeigte sich auch der ungünstige Einfluss der starken Kriegsindustrialisierung Münchens (KRUPP- Werke u. s. w.) die von verschiedenen Seiten (Ministerium des Aussern, Handelskammer, König) so sehr gefördert waren, u. traten zum erstermale als politische Hetzer der Schriftsteller Kurt Eisner, der Metallarbeiter Hans Unterleitner u. auf Personen auf, die später in der Umsturzzeit 1918/19 eine Rolle spielten. Es wurde gegen diese Personen mit aller Schärfe vorgegangen; Eisner, Unterleitner u. ~~et~~ wurden wegen versuchten Landesverrat verhaftet u. den Gerichten überstellt; mehrere nicht bayerische Staatsangehörige wurden aus Bayern ausgewiesen. (Eisner, Unterleitner, Tolka, K röpelin, waren Bayern.) Der Streik hat nicht lange gedauert u. nach Beendigung desselben ist zunächst wieder Ruhe eingetreten. Die Polizei erfüllte ihre Aufgabe während des Streiks in durchaus befriedigender Weise. Ein militärisches Eingreifen war nicht nötig. Es wurde nur für kurz aus Mass eines Umzuges das Palais des Königs gegen allenfallsige Ausschreitungen dem Schutze unterstellt u. die Münchner Truppen mehrere Tage in Bereitschaft gehalten. Die Truppen verhielten sich hiebei einsichtig.

Im Laufe des Jahres 1918 ließ die Stimmung der Bevölkerung, insbesondere nachdem die grosse Frühjahrs-offensive in Frankreich nicht geflückt war, immer mehr nach. Es war begreiflich, die Verluste wuchsen furchtbar, die Entbehrungen u. lasten in der Heimat steigerten sich immer mehr, die Briefe u. Berichte der Frontsoldaten zeigten wachsende Unzufriedenheit, u. ein Ende des Krieges war immer noch nicht abzusehen. Bei der übergrossen Mehrzahl der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, wurden aber diese Verhältnisse zunächst politisch nicht ausgenutzt, sondern die Mietung u. Klage richteten sich vor ~~dem~~ ^{Massenwirksamkeit} gegen militärische Einrichtungen, die verschiedenen Kriegswirtschaftsbürokratien, Verkostung, Behandlung, Beschwerdeverfahren, Strafen u. s. s. Selbstverständ-lich ließen aber die ~~gegen~~ der bestehenden Staatsordnung, insbesondere die Angehörigen der damals allerdings noch nicht zahlreichen unabhängigen sozialdemokratischen u. kommunistischen Partei, es sich nicht entgehen die Ungunst der Lage zu Hetzereien u. Untrüben zu benützen. Das Ministerium des Innern wies die Polizeibehörden, insbesondere die Polizeidirektion München, zur schärfsten Überwachung der U. S. P. an. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es auch der Polizei, zumal in München, die Veranstaltungen der U. S. P. zu kontrollieren. Niemals ist man zu der Anschauung gekommen, dass wenigstens vorerst doch nur verhältnismäßig kleine Kreise diesen Hetzereien zuverlässig sind, die grosse Mehrheit der Arbeiterschaft dagegen einsichtig ist u. sich fernhält. Am 1. Mai 1918 gelang es, alle in München von linkeradikaler Seite geplanten Demonstrationen, insbesondere die Hauptversammlung, zu verhindern.

Bedenklicher war, dass sich beim Militär immer mehr Erscheinungen ~~ausblieben~~ der Disziplin u. Zünftigkeit der Unbotmäßigkeit zeigten. Bei Unruhen, die am 22. Mai 1918 in Ingolstadt ausgebrochen waren, vermagte das zur Unterdrückung beizezogene Militär vollständig, bei dem Anmarsch von Ersatztruppen Teilen ins Feld im Sommer 1918. 1918 war an mehreren Plätzen ein Teil der Mannschaft sehr un-

massig. In politischen Versammlungen erschienen trotz wiederholten Verbots im Herbst 1918 immer mehr Soldaten in Uniform und traten sogar als Hetzredner auf. Auch dem König brachte ~~en~~ in München öfters ~~die~~ Soldaten nicht mehr die pflichtmäßige Achtung entgegen. Die militärischen Stellen wurden selbstverständlich von den Polizeibehörden über diese Erscheinungen unterrichtet, wobei auf die schweren Gefahren hingewiesen wurde, die ein Ver sagen der Heimattruppen für die öffentliche Ruhe zur Folge haben müsste.

Von einem Einschreiten der Militärbehörden war aber nichts zu merken; die Disziplin hatte schon zu sehr nachgelassen. Um für alle Fälle gesichert zu sein haben die Militär- u. Zivil-Stellen die notwendige Unterdrückung allenfallsiger Störung öffentlicher Ordnung u. von Unruhen schon im Jahre 1918 erneuert u. ausgebaut. (Näheres in den Akten des Ministeriums des Innern u. durch Ministerialrat Zettelmaier dort.)

Insbesondere wurde im letzteren Jahre auch alles vorbereitet, um erforderlichen Falle ohne Verzug das Standrecht zu erklären. Militär- u. Zivilstellen waren sich darüber klar, dass der Schwerpunkt des Einschreitens bei der Unterdrückung von Unruhen, zumal in den Großstädten, beim Militär liegt. Auf die stellvertretenen Generalkommandos war nach dem Kriegsgebot auch die vollziehende Gewalt übertragen.

Die Schutzmannschaft in München u. die Polizeimannschaften in andern Städten waren in Folge der Einberufung ~~fast~~ nahezu aller kriegsfähiger Leute sehr geschwächt u. gerade der besten Kräfte entblösst. Der Ersatz durch andere Leute war quantitativ u. qualitativ ungenügend. Für München stand z. B. ein einziger Schutzmannschafts-Offizier zur Verfügung, die übrigen, darunter der Befehlshaber, waren militärisch verwendet. Die wiederholten, schriftlichen mündlichen Bemühungen der inneren Verwaltung um Entlassung der bei Kriegsverwendungsfähigen Polizeimannschaften. Offiziere hatten nur geringen Erfolg. Es hieß, diese seien in Anbetracht der Ereignisse beim Militär unentbehrlich.

Mit dem Zusammenbruch der militärischen Front in Frankreich anfangs

Oktober 1918 wurde die innere Lage selbstverständlich schwieriger. Die Linkeradikalen vor Allen setzten sofort mit scharfer Kritik in ihrer Presse u. in ihren Versammlungen ein. gewannen zunehmend Anhänger. Aber auch die rechte Sozialdemokratie hielt in ihrer Presse u. auf ihrem Parteitag in Wiesbaden (18. X. 1918) mit scharfen Angriffen ^{insbesondere} gegen den Kaiser und die Reichsleitung, nicht zurück. Die militärische Zensur gegenüber diesen Erscheinungen war mindestens

sehr entgegensekommend. Innerlich glaubten die Konserven Polizeiführer, insbesondere der Polizeipräsident in München (infangs Oktober), auch erste Führer der organisierten Arbeiterschaft (Besprechung des Ministers des Innern mit E. Auer am 3. X. 1918), dass es zu Unruhen aus Anlass des Waffenstillstandes nicht kommen werde. Die grosse Mehrzahl der Bevölkerung sei zu kriegsmüde u. vor Allen froh, dassendlich der Friede in Sicht sei.

In München machte sich Ende Oktober 1918 der Einfluss des Schriftstellers Kurt Eisner in der politischen Agitation sehr bedenklich geltend. Derselbe war für die Reichstagsersatzwahl von der U. S. P. ^{der Hauptkandidaten} als Gegenkandidat der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, E. Auer, aufgestellt u. mit Rücksicht hierauf vom Reichsgericht als der Untersuchungshaft entlassen worden, in der er wegen Landesverrat seit Januar 1918 war. Die Entlassung erfolgte nicht wie bisweilen behauptet wurde, auf Anregung des Ministers des Innern, sondern gegen den Willen desselben. Als wegen der Reichstagskandidatur Eisners mit der Möglichkeit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft gerechnet werden konnte, richtete der Minister des Innern am 27. 9. 1918 eine Personalnote an den Minister der Justiz, in der er bezügliche Erkundigungen ^{u. Rücksicht} beim Reichsgericht anregte. Der Minister der Justiz lehnte jedoch eine Erkundigung u. Einwirkung beim Reichsgericht auf das dort anhängige Strafverfahren ab u. liess das dem Minister des Innern durch Ministerialrat Dr. Maier mitteilen. Hierauf ordnete der Minister des Innern an, dass der Leiter des politischen Sicherheitsdienstes, der Polizeidirektion, Aachen, Dr. Stroher, sich nach Leipzig begebe, um dort beim Oberreichsgericht wegen der ebenfalls möglichen Möglichkeit der Entlassung des Eisners sich zu erkundigen u. die hiergegen bestehenden ernsten Bedenken zur Geltung

bringen. Dr. Streber frug bei der Reichsanwaltschaft telefonisch an, wann er bei dieser empfangen werde. Hierbei wurde ihm von dem Referenten mitgeteilt, dass eine Entlassung des Eisner β aus der Untersuchungshaft nicht in Frage komme. Die Verhandlungen gegen Eisner wegen Landesverrat β finde wegen Ueberlastung des Reichsgerichts vor Januar oder Februar 1919 nicht statt. Hierauf ist selbstverständlich die Reise des Ir. Streber nach Leipzig unterblieben.

Entgegen der Zusicherung des Oberreichsanwalts ist aber bald darauf Eisner aus der Untersuchungshaft (etwa am 20. Oktober) entlassen worden. Weder das Ministerium des Innern noch die Polizeidirektion München β sind von der bevorstehenden Entlassung des Eisner β verständigt worden; sie wurden mit der Tatsache der Entlassung glatt überrascht. Laut Mitteilung des Staatsratspr. Maier im Ministerium der Justiz v. 11. XII. 1920 hat nach Angabe des Staatsanwalts ~~Seb~~ber, welcher damals Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft war, der Verteidiger des Eisner, Dr. Bernstein in München, mit Rücksicht auf die Aufstellung des Eisner als Reichstagkandidat die Haftentlassung beantragt. Der Oberreichsanwalt, vertreten durch Reichsanwalt Dr. Rosenberg, sprach sich gegen die Haftentlassung des Eisner β aus. Der Straf- senat des Reichsgerichts verfügte aber dennoch seine Entlassung aus der Untersuchungshaft!

Dabei hatte es aber noch nicht sein ^{en} Bewendung. Am 23. X. 1918 wurden vom Reichsgericht gleichfalls ohne jede Fühlungnahme u. Verständigung des Ministeriums des Innern u. der Polizeidirektion München aus der Untersuchungshaft, in der sie auch wegen Landesverrat β aus der Januarzeit 1918 sassen, die Angehörigen der U. S. P., der Metallarbeiter Hans Unterleitner, der Schreinermeister Albert Winter u. sein Sohn entlassen. In der Untersuchungshaft aus der Januarzeit verblieb ^{um} nur ~~noch~~ noch die Angehörigen der U. S. P. Schröder, Winkler u. Kämpfer, angeblich weil sie sich in der Haft unbotmässig benommen hatten. Winkler soll sich sogenannter Kasih~~u~~ bedient haben. Dazu kam noch, dass das Stellvertr. Generalkommando I. A. Korps, die

Anarchisten Mühsam u. Sontheimer von München (bayer. Staatsangehörige) ohne Fühlungsnahme mit der Polizei von ihrem auswärtigen Zwangsaufenthalt befreit u. wieder nach München hereingelassen hat. Die politisch bedenklichsten Agitatoren waren in München nun ~~frei~~ ^{frei} u. traten unter Führung Kurt Eisner's ~~u. Unterleitner~~ auch in rüfigster Weise in den Wahlversammlungen für diesen auf. Eisner u. Unterleitner taten sich besonders hervor. Sie waren jedoch hiebei zunächst vorsichtig u. hüteten sich, Anlass zum Wiedereinschreiten wegen Landesverrat zu geben. Bei den Wahlversammlungen fand Eisner wachsenden Zulauf, insbesondere gelang es ihm unter den Soldaten der Ersatztruppenteile ~~u.~~ eine nicht geringe Zahl von Anhängern zu gewinnen. Das Ministerium des Innern u. die Polizeidirektion waren sich über den Ernst der ~~lage~~ ~~u.~~ durch die Freilassung Eisners u. Genossen geschaffenen Lage durchaus nicht im Unklaren ~~u.~~ unterliessen ~~kein~~ keinen Schritt um dieser zu begegnen. Die politische Abteilung der Polizeidirektion erhielt wiederholt eingehende Weisungen für die Überwachung der Agitation der Umsturzparteien, insbesondere des Eisner's. Sobald sich dieser oder ein ~~anderer~~ der Beteiligten neuerdings einer strafbaren Handlung schuldig machen sollte, welche die Festnahme rechtfertigen würde, sollte sofort mit Entschiedenheit vorgegangen werden, u. die neuerliche Verhinderung an das Gericht zur Lösung der Haftfrage erfolgen. Die öfters aufgeworfene Frage, warum nicht Eisner in Schutzhaft genommen wurde, musste leider verneinend entschieden werden, da eine Sicherheits- oder Schutzhaft in Bayern rechtlich nicht zulässig war. Auch die Anweisung eines Zwangsaufenthaltes für Eisner ausserhalb Münchens durch ~~die~~ stellvertretenden Generalkommando I. Armeekorps war nicht erreichbar, hatte dieses sogar die Anarchisten Mühsam u. Sontheimer eines solchen Aufenthaltes entbunden. Die Agitation der Umsturzparteien, insbesondere die Zusammenkünfte der U. S. P., wurden durch die Polizeidirektion München fortwährend überwacht, u. es war dieser auch bis auf die letzte Zeit gelungen, in der Hauptsache über die Absicht der Umstürzler unterrichtet zu sein. Ministerium des Innern u. Polizedirektion setzten sich auch mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung ein.

— für die Aufrechthaltung von Ruhe u. Ordnung u. für die Bekämpfung des staatsgefährlichen Treibens der Linksräkalen ein. Insbesondere waren auf Grund der Anordnungen des Ministeriums des Innern für Menschen von der Polizeidirektion u. den Militärbehörden eingehende Vorkehrungen dafür getroffen, wie bei einem Ausbruch von Uhuhr- Unruhen vorgegangen werden solle. Die Polizeidirektion stand mit den militärischen Stellen in ununterbrochener Führung, um im Bedarfsfalle das rechtmäßige Einschreiten der bewaffneten Macht zu sichern. Die Polizei wies dabei von Neuem auf die Wichtigkeit zuverlässiger Truppen hin, ohne daß ein erfolgreiches Eingreifen ausgeschlossen sei. Wiederholt wurde insbesondere angeregt, die Militärbehörden solten für eine unbedingt verlässige, ~~an~~ besonnene u. sichere Besetzung der Maschinengewehre sorgen. Auch auf die Gefahr der ungenügenden Bewachung der zahlreichen Maschinengewehre in den Kasernen u. der Handgranaten wurde öfters hingewiesen u. betont, welche unabsehbare Folgen es hätte, wenn diese Waffen in die Hände von Umstürzler kommen, wie es auch am 7.XI. 1918 geschehen ist. Die militärischen Stellen gaben stets beruhigende Erklärungen ab u. glaubten keinen Zweifel hegen zu sollen, dass sie eine genügende Macht hätten, um allenfallsige Unruhen u. gewaltsame Umsturzbewegungen zu unterdrücken. Die Aufstellung auf Seite 39 der Döberl'schen Schrift, dass die Staatsregierung seit Wochen u. Monaten fast täglich gewarnt worden sei u. alle Warnungen in den Wind geschlagen habe, ist nicht zutreffend. Zunächst waren diese Warnungen durchaus nicht so allgemein wie nach diesen Angaben angenommen werden könnte. Die Tätigkeit u. der Einfluss Eisners u. Genossen wurden in recht weiten Kreisen leider ~~sehr~~ unterschätzt. Insbesondere war dies bei den unmittelbar politischen Gegnern Eisners, zumal bei R. Auer, der Fall. Es wurde von diesem behauptet, dass nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Leuten ernste Anhänger Eisners seien, die ihm bei einem Umsturzversuch folgen würden. Die überzahl der organisierten Arbeiterchaft wollte trotz aller Unzufriedenheit u. Unruhen einen gewaltigen Umsturz nicht, lautete, wie Mühemau, Sontheimer, wurden von den meisten Arbeitern nicht ernst genommen. Es bestand, wie Röherl auf S. 41 seiner Schrift richtig bemerkte, in Bayern eine bewusste u. aktive Revolutionsstimmung in weiten Kreisen nicht, u. nicht es ~~darum~~ zu haben.

zu für ausgeschlossen, dass eine verhältnismässig so kleine Gruppe ein einen Umsturz mit Erfolg herbeiführen, u. dass ein allenfallsiger Versuch nicht rasch unterdrückt werden könnte.) Die Staatsregierung, insbesondere das Ministerium des Innern und die Polizeibehörde, liessen sich von der optimistischen Auffassung nicht leiten, sondern sie trafen alle Vorkehrungen, die nach ihrer Überzeugung für Aufrechthaltung der Staatsordnung u. für Unterdrückung von Umsturzbewegungen nötig sind. Diese Unterdrückung wäre auch gelungen, wenn nicht der Arm zur Durchführung der Massnahmen, das i. die militärische Macht in der Heimat, so gänzlich versagt u. sogar beim Umsturz aktiv mitgetan hätte. Im Landtag wurden diese Verhältnisse wenig berührt. Die U. S. P. hatten in der Kammer der Abgeordneten nur einen einzigen Vertreter, den Abgeordneten Simon-Hof a. S.. Am 18. X. 1918 drohte im Finanzausschuss der Kammer der Abgeordneten bei der Besprechung der innerpolitischen Reform, der sozialdemokratische Abgeordnete Hofmann-Kaiserau zuerst mit der Revolution, falls nicht schleunigst weitgehende Reformen bezeichnet ~~der~~ Art in Angriff genommen werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Auer u. Timm wiesen Gleichfalls - in ruhiger Weise - auf diese Gefahr hin. Die Drohung war in erster Linie gegen das Zentrum gerichtet, das damals noch wenig von einer tiefer eingreifenden Umgestaltung wissen wollte. Die Redner des Zentrums liessen sich zunächst auch durch die Drohung Hofmanns nicht beeinflussen. Führer der Partei, insbesondere Dr. v. Pichler, waren sogar sehr unangenehm berührt, dass Minister v. Tardl Namens der Staatsregierung auf den Ernst der Lage hinwies u. zum Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Sozialdemokraten riet. Die Reformforderungen wurden schliesslich, wie im Abschnitt I dargelegt ist, in voller Uebereinstimmung mit den Verträgen der Sozialdemokratie erfüllt.

Eine grosse Verschlechterung der Lage trat ein in den letzten Tagen im Oktober. Auf die weitesten Kreise der Bevölkerung wirkten sehr ungünstig u. aufregend die lange Zeit, die verging bis der Waffenstillstand in greifbare Nähe kam, das selbstständige Friedensangebot von Österreich-Ungarn, die hiermit verbundene Gefahr eines feindlichen Einbruchs in Bayern von Süden u. Osten her, der in Berlin aufgetauchte Gedanke zu einer letzten in ihrer Wirkung sicheren sozialdemokratischen Verteidigung u. die Weigerung des Kaisers

Wilhelm II., abzudanken, obgleich man fast allgemein (auch bei der bayerischen Staatsregierung) der Ansicht war, dass dieser Schritt unvermeidlich ~~war~~ ^{Galt} ist, wenn Deutschland zu einem Frieden gelangen will. Die beiden letzten Momente wurden insbesondere in der radikalen Presse u. ~~in~~ Versammlungen zu Hetzereien benutzt, die von starker Wirkung waren.

Eine solche Versammlung veranstaltete die U. S. P. am 30. X. 1918 im Löwenbräukeller, zu deren euffallendes Plakat mit dem Thema: "Deutschland eine soziale Republik" eingeladen hatte. Das Kriegsministerium hatte ^{riesen Raket} ohne Fühlungnahme mit der Polizei genehmigt u. auf seiner Stellung behaft, trotzdem der Polizeipräsident sofort Schritte hingegen unternommen hatte. In der Versammlung, die sehr stark besucht war, trat Eisner als Referent zum erstenmale scharf hetzend hervor. Der Polizeireferent des Ministeriums des Innern, welcher der Versammlung anwohnte, gewann aus dem Verlauf der Versammlung die Überzeugung, dass Eisners Vorgehen eine unmittelbare Staatsgefahr bedeute u. keinesfalls so leicht zu nehmen sei, wie es von verschiedenen Seiten, insbesondere von dem Gegenkandidaten E. Auer, hingestellt wurde. Der Referent erstattete sofort dem Minister des Innern Bericht u. der Polizeipräsident erhielt gleich Weisung zum nachdrücklichsten Vorgehen gegen die Umtriebe Eisners. Bis zum 3. November 1918 verlief äusserlich in München alles ruhig. Für Sonntag, den 3. November, Vorm. 10 Uhr, hatte Unterleitner ~~namens~~ der U. S. P. bei der Polizeidirektion in München um die Genehmigung einer Friedensdemonstrationsversammlung auf der Theresienwiese nachgesucht. Die Polizei genehmigte - allerdings ungern - diese Versammlung, nachdem schon in anderen Städten solche Massenkundgebungen auf freien Plätzen zugelassen worden waren, u. die grundsätzliche Verhinderung solcher Veranstaltungen in München, solange ^{ihre} ~~es~~ Wahlkampf ^t leistet war, nicht mehr möglich erschien. Die Genehmigung der Versammlung wurde davon abhängig gemacht, dass die Teilnehmer weder vor noch nach der Versammlung einen geschlossenen Umzug veranstalten; Unterleitner sicherte die Einhaltung der Forderung bestimmt zu. Die Versammlung war nur schwach besucht. Unter den Besuchern waren ziemlich viele

Soldaten, Eisner u. Dr. Jaffet sprachen. Nach Schluss der Versammlung forderte Unterleitner auf, der letzten Untersuchungsgefangenen, die noch im Gefängnis Stadelheim wegen der Januar Unruhen schmachteten, (Schröder, Winkler, Kämpfer), eine Sympathiekundgebung darzubringen. Hierauf setzten sich sofort die Versammlungsteilnehmer truppweise gegen Stadelheim in Bewegung. Die Polizeidirektion traf ohne Verzug die nötigen Maßnahmen zur Verhinderung etwaiger Ordnungsstörungen u. Unruhen. Das ministerium des Innern erteilte sofort den Polizeipräsidenten den Auftrag, gegen etwaige Demonstrationen u. Unruhen mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Infolge einer Panne an dem mit der Polizei nach Stadelheim entsandten Kraftwagen gelang es dieser nicht, noch vor den Demonstranten vor dem Gefängnis Stadelheim anzukommen u. diese von dem unmittelbaren Zugang zum Gefängnis fernzuhalten. Die Zahl der Demonstranten wuchs nach u. nach ~~an~~ 800-1000 u. mehr Leute an, die sofortige Freilassung der Gefangenen stürmisch forderten. Das Verlangen wurde von den polizeilichen Beamten unter dem Hinweis abgelehnt, dass die Gefangenen auf Anordnung des Reichsgerichts in Haft seien, dass die Polizeidirektion über die Gefangenen in keiner Weise verfügen u. auch nicht in die Befugnisse des Gefängnisvorstandes, d. i. des Oberstaatsanwalts am Oberlandesgericht München, eingreifen könne. Die Demonstranten gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, sondern behielten in grosser Erregung auf ihrer Forderung. Eine Abordnung der Menge setzte sich telefonisch mit dem Oberstaatsanwalt ~~in~~ Leipzig ins Benehmen. Letzterer erklärte, er werde das Ansuchen dem Oberreichsanwalt in Leipzig telefonisch übermitteln u. falls es das Reichsgericht genehmigt, die Gefangenen entlassen. Der Oberstaatsanwalt teilte mit Zustimmung des Ministers der Justiz dem Oberstaatsanwalt telegrafisch mit, dass eine Menschermenge vor Stadelheim die Freilassung der wegen Landesverrats verhafteten Untersuchungsgefangenen Schröder, Winkler u. Kämpfer mit Gewalt drohe. Trotz der Zusicherung des ~~Ab-~~ Oberstaatsanwalts war die Menge nicht zum Abzug zu bewegen, alle hieraufgerichteten Bemühungen des an Ort u. Stelle erschienenen Polizeipräsidenten u. seines Referenten waren vergleichlich,

im Gegenteil die Menge erhielt aus den Vorfällen fortwährend Anlauf. Angesichts dieser Sachlage wäre es sicher geboten gewesen, wenn die Demonstranten mit Gewalt vorzugehen ufaßt die Polizeimannschaft nicht ausgereicht hätte, militärische Hilfe anzufordern. Der Minister des Innern hatte den Polizeipräsidenten telefonisch angewiesen, mit allem Nachdruck, ~~u. mit Gewalt~~ gegen die ~~Demonstranten~~ ^{und die erforderlichen Fällen mit Gewalt} vorzugehen, ev. unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe auseinander zu treiben. Der Polizeipräsident glaubte indess immer noch ohne gewaltsame Einschreiten, bei dem voraussichtlich Blutvergießen nicht zu vermeiden gewesen wäre, mit der Menge fertig zu werden. Ein militärisches Einschreiten wollte er auch deshalb vermeiden, weil man schon damals gewisse ^{nicht unbekannte} Bedenken der Münchner Gruppen hegte. Nachmittags 2 Uhr fand sich auf Anruf der Polizei in Stadelheim nur eine militärische Wache von 18 Mann u. 3 Unteroffizieren (ohne Offizier) ~~ohne Munition~~ ein. Etwa gegen 4 Uhr Nachmittags stellte eine Abordnung der Menge der Polizei ein Ultimatum; die Menge werde das Gefängnis stürmen, falls die 3 Untersuchungsgefangenen nicht frei gelassen werden. Um Zeit zu gewinnen, trat die Polizei den aufgetauchten Gedanken, eine Abordnung der Menge zum Minister des Innern zu entsenden, nicht entgegen u. liess die Sprecher dort hin führen. Der Minister des Innern empfing etwa um 4½ Uhr die Abordnung, die ^{die Freilassung} der 3 Untersuchungsgefangenen verlangte; die Leute verstanden es nicht, dass der bei den Januar-Unruhen in erster Linie beteiligte gewesene Kämmerer vom Reichsgericht frei gelassen worden sei, nicht aber die weniger belasteten Personen; erfolge die Freilassung nicht, so würde die Menge das Gefängnis stürmen. Der Minister lehnte die Freilassung bestimmt ab, die nur vom Reichsgericht ^{verurteilt} werden könnte, u. mahnte dringend zur Ruhe u. Vernunft, sonst ~~würde~~ würde sicher mit allem Nachdruck vorgegangen werden. Die Abordnung zog darauf unverrichteter Dinge wieder ab.

66. Nach dem Empfang der Abordnung setzte sich der Minister des Innern, um sich über den Stand der Sache zu unterrichten, in Gegenwart des Assessors Dr. Streber, mit dem Oberrechtsanwalt telefonisch ins Benehmen. Wiebei machte der Minister des Innern dem übrigens bereits vollständig unterrichteten Oberrechtsanwalt Mitteilung an über die Lage, insbesondere darüber, dass Stadelheim von der demagogischen Menge bedroht sei zu, dass die Gefahr bestehet, dass sie von dort vertrieben, in der inneren Stadt die Ordnung stören werde. Der Oberrechtsanwalt teilte dem Minister mit, dass das Reichsgericht in den Nachmittagsstunden zu der Haftentlassung der drei Untersuchungsgefangenen Stellung nehmen werde. Im Hinblick auf die Lage sei der Oberrechtsanwalt mit einverstanden, dass die Gefangenen sofort auf freien Fuss gesetzt werden. Diese Entscheidung wurde auftragsgemäss vom Assessor Dr. Freber dem Sprecher Breitenbach der aus dem Ministerium des Innern bereits abgezogenen Abordnung telefonisch mitgeteilt.

Wald darauf traf auch die telegrafische Feststaltung der Haftentlassung ein, die am Abend vom Oberstaatsanwalt verfügt wurde. Schon vorher hatte die Demonstration vor Stadelheim ihr Ende erreicht.

Um ein Abströmen der Menge von Stadelheim u. den östlichen Vorstädten in die inneren Teile von München zu verhindern, hatte das Ministerium des Innern die Polizeidirektion angewiesen, sofort Absperrungsmaßnahmen, insbesondere bei den Isarbrücken, durchzuführen. Die Durchführung erwies sich aber wegen der geringen Anzahl der verfügbaren Kräfte als technisch unmöglich.

Am Abend sammelten sich mehrere hundert von Menschen zu einem Umzug in der inneren Stadt; sie begaben sich auch vor das Wittelsbacher Palais, das vom König aber nicht bewohnt war. Ein unbekannter Mann brachte ein Hoch auf die soziale Republik Bayern aus, worauf sich die Menge zerstreute. Die Polizei war zu diesem Anschauung, um wirksam einzuschreiten zu können, nicht stand nicht zur Verfügung. Wenn auch schliesslich die 3 Untersuchungsgefangenen aus Stadelheim auf ordnungsgemässigen Wege auf Grund

Verfügung des Reichsgerichte entlassen worden waren, so war doch der Vorgang ein tief bedauerlicher ^{juris} politisch u. sicherheitspolizeilich mehr bedenklicher. Den die radikalen Elemente buchten die Entlassung als einen von ihnen erzwungene Erfolg zu ihren Gunsten, der sie zu weiteren Schritten ermutigte. Es wäre richtig gewesen, die Demonstranten rechtzeitig mit Gewalt auseinanderzutreiben, auch wenn es zu einem Blutvergiessen gekommen wäre. Hätte allerdings das Militär nach der Befürchtung des Polizeipräsidenten schon hiebei versagt, so wäre wahrscheinlich bereits am 3. Nov. die Lage gefährlich geworden. Am Dienstag, den 5. November ^{Abend}, veranstaltete die U. S. P. eine öffentliche Versammlung im Hackenbräukeller. Der Saal konnte die ^{zahlreiche} massenhaft erschienenen Teilnehmer nicht fassen, man verlegte die Versammlung ohne ^{weiteres} auf die Theresienwiese. Der am 3. November aus der Untersuchungshaft entlassene Schröder u. Eigner hielten ^{Reden}, letzterer warnte aber vor Vorbereitung.

Die Polizei war sich über den Ernst der Lage nicht ^{anklang}, es war kaum zweifelhaft, dass die Gefahr einer Revolution in München sehr nahe war. Ihr zu begegnen, blieb nach Ansicht der Polizeidirektion nur ein Mittel, das ist das sofortige kräftige Einsetzen der militärischen Macht, ^{beim Ausbruch} der Umsturzbewegung.

Einzelmaßnahmen, wie z. B. Festnehmen einiger Hetzer, die vom Gericht leider frei gelassen worden waren, hätten einen Erfolg nicht versprochen. Am 6. November, in den ersten Nachmittagsstunden meldete die Polizeidirektion dem Staatsministerium des Innern, sie habe auf Grund ihrer Überwachungsmaßnahmen nun mit Sicherheit feststellen können, dass die U. S. P. am 7. November im Anschluss an die grosse Versammlung einen grossen Schlag plant. Der Staatsminister des Innern teilte die Ansicht der Polizeidirektion bezüglich der weiteren Vorgehens u. gab dem Polizeipräsidenten sofort die nachdrücklichste Weisung jede nur irgend mögliche u. bei dem Ernste der Lage zulässige Massnah-

zur Unterdrückung des Planes ohne Verzug vorzukehren u. die militärische Hilfe im weitesten Umfange bereitzustellen zu lassen. Selbstverständlich wurden auch sogleich das Kriegsministerium verständigt. Der Polizeipräsident veranlasste noch am gleichen Tage bei allen beteiligten Zivilbehörden u. militärischen Stellen die umfassendsten ~~W~~er sicherungsmassnahmen. Für Donnerstag, den 7. November ~~W~~er Nachmittags 2. Uhr hatte die U. S. P. auf der Theresienwiese

in München eine Versammlung geplant, die insbesondere für den baldigen Friedensschluss, gegen den Aufruf der letzten nationalen Verteidigung u. für die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. demonstriren sollte. In der Ansicht, diese gefährliche Sonderaktion der U. S. P. möglichst in die Hand zu bekommen, nahm auf Anregung E. Auer die rechtsstehende Sozialdemokratie die Demonstrationsversammlung auf, u. am 6. November ^{Mittwoch} erging die gemeinsame öffentliche Einladung der links - u. rechtsstehenden Sozialdemokratie zu einer grossen Demonstrationsversammlung auf der Theresienwiese mit sich anschliessendem Zug zum Friedensdenkmal.

Die Aufforderung zur Teilnahme erging an die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport u. Verkehr beschäftigten Personen. Der Zweck der Kundgebung war der oben angegebene. Als Hauptredner sollte Landtagsabgeordneter E. Auer auftreten. Die bei der Veranstaltung zunächst beteiligten Minister des Innern, des Krieges u. des Äussern waren sich darüber klar, dass die Veranstaltung nicht geringe Gefahren für die öffentliche Ordnung bringen werde, dass aber bei der Beteiligung der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterschaft es ausgeschlossen sei, die Versammlung zu verbieten, u. ins besondere den Vollzug ~~aus~~-^{und} ~~höhe~~-Verbotes zu sichern. Gegen allen falsigen Störungen u. Gewalttätigkeiten sollte mit aller Strenge vorgegangen werden. Der Minister des Innern sollte ^{ein} einen Aufruf an die Bevölkerung Münchens erlassen, in dem zur Beruhigung auf den demnächst ~~wurde~~ zum Abschluss kommenden Waffenstillstand hingewiesen, zur Erhaltung der Ruhe u. Ordnung aufgefordert u. die Zu-

sicherung gegeben wird, dass gegen allenfallsige Störungen der Ruhe u. Ordnung mit aller Schärfe vorgegangen würde. Der Kriegsminister wiederholte bei den Besprechungen seine bereits früher, insbesondere am 4. November gelegentlich der Sitzung des Staatsrates gegenüber dem König gegebene Versicherung, dass in München zuverlässige Truppen in genügender Zahl vorhanden seien, um allenfallsige Unruhen zu unterdrücken; zur Verstärkung habe er noch zuverlässige auswärtige Truppen herbeigezogen. Am 6. November Nachmittags 5 Uhr, ~~wäre~~, auf Anregung des Staatsministers des Innern u. des Aussenministers die Angelegenheit im Landtagengebäude von den Ministern des Aussenministers, des Innern, des Kultus u. des Krieges mit den Abgeordneten, die als Minister bei den bevorstehenden Neubildung des Ministeriums in Aussicht genommen waren. (Held, Speck, Frank, - Zentrum; Dr. v. Casselmann, Dr. Müller- Hof- liberal; Sepitz, Hofmann- Sozialdemokrat) u. mit dem Abgeordneten E. Auer (Sozialdemokrat) u. Gebhard (freie Volks-) besprochen. Hierbei gab der Minister des Innern kund, wie sich die Staatsregierung gegenüber den Veranstaltungen zu verhalten zu gedenke. (Zulassung der Versammlung u. des Umzugs, Aufruf des Ministers des Innern u. entschiedenes Vorgehen gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe u. Ordnung), wogegen keine Erinnerung erhoben wurden. Der Minister des Innern warf auch die Frage auf, ob sich nicht doch noch die Bestrafung des durch seine Agitation gefährlichen Kurt Eisner empfehle, was aber allseits abgelehnt wurde. Der Kriegsminister gab auf Anfrage nochmals die Versicherung ab, dass in München genügend zuverlässige Truppen zur Bekämpfung u. Unterdrückung von Unruhen u. Störungen der öffentlichen Ordnung stünden. Abgeordneter E. Auer erklärte auf Anfrage, ob er glaube, dass Kurt Eisner mit Anhang den friedlichen Verlauf der geplanten Veranstaltung nicht stören u. nicht andere Pläne verfolgen werde, er hoffe es, wenigstens habe dies Eisner zugestichert.

IV. Zwischen den Polizeipräsidenten u. den zuständigen militärischen Stellen, insbesondere der Stadtkommandantur, wurden die Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung u. zur Unterdrückung von Unruhen vereinbart. Da die Polizeidirektion mit ihren paar Hundert Schutzleuten gegenüber den zu erwartenden Massen vollständig ohnmächtig gewesen wäre, beschlossen die militärischen Stellen, am 7. November von vorneherein den Schutz der Stadt München durch Militär zu übernehmen u. alle verfügbaren Truppen bereit zu stellen. Die militärische Macht sollte sonach an diesen Tagen nicht erst auf besonderes Anfordern der Zivilbehörden eingreifen, sondern bereits von Anfang an gerüstet u. bereit ~~seien~~ für alle Fälle. Nach Anordnung der militärischen Stellen wurden alle wichtigsten militärischen Gebäude mit Truppen besetzt; Maschinengewehre, Handgranaten, Gasbomben u. sonstige ~~Verdunstende~~ Verteidigungsmittel in übergrosser Anzahl verwendungsbereitgestellt. Bestimmte mit Namen ~~genannte~~ Befehlshaber für die einzelnen Plätze bestimmt. Die Polizeidirektion

~~hatten~~ nur zum Schutz der Residenz, der preussischen Gesandtschaft u. des Polizeigebäudes selbst je eine entsprechende Anzahl von Schutzmännern abzustellen. Im übrigen sollte sich die Tätigkeit der Polizei für die kommenden Stunden in erster Linie darauf richten, von allen Ereignissen schnellstens Kenntnis zu erhalten u. die militärischen Stellen ~~schleunigst~~ zu verständigen.

IV. Bei den in der Polizeidirektion bis in die Mitternachtstunden des 6. November dauernden Beratungen kam man schliesslich dahin überein, die uniformirten Minzschutzmänner am 7. Nachmittags aus den Straßen, durch die sich der Demonstrationzug bewegte, ~~waren~~ ~~sollte~~ überhaupt zurückzuziehen, da sie doch machtlos ~~waren~~ eher nur herausfordernd wirken würden. Statt dessen wurden Polizeibeamte in Zivil in der ganzen Stadt verteilt, die wichtige Wahrnehmungen sofort zu melden hatten.

Die militärischen Stellen gaben bei den Verhandlungen bis zuletzt ihrer Überzeugung Ausdruck, dass an ein Versagen der Truppen im Ernstfalle bei der Unterdrückung der Unruhen nicht zu denken sei. Die in Aussicht genommenen Anordnungen hat der Minister des Innern am 6. November, Abends genehmigt, wobei er dem Polizeipräsidenten nochmals ein ruhiges, aber sehr entschiedenes Vorgehen zur Pflicht mache; Unruhen seien rücksichtslos mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Der Polizeipräsident sicherte bestimmt zu, dass die Polizei alles in ihrer Machtstehende tun werde, u. auf seine Leute glaubte der Polizeipräsident sich auch ganz verlassen zu können; den Ausschlag gebe aber das Militärs, das den Schutz der Stadt übernommen habe. An der Zuverlässigkeit der Truppen im Ernstfalle hätten die militärischen Stellen keinen ^{zweifel}. Am 7. November, früh erliess der Minister des Innern den erwähnten Aufruf zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe u. Ordnung, der an den Straßenrändern angeschlagen wurde. In der Stadt wurden bereits Vormittags die militärische Bereitstellung u. Besetzungen gemäss den getroffenen Vereinbarungen durchgeführt. Unterdessen hatten Beamte der Polizeidirektion den Auftrag erhalten, unauffällig Beobachtungen darüber zu pflegen, welche Stimmung unter den Truppen u. der Bevölkerung herrschte. Von 10 Uhr Vormittags ^{ab} meldeten die Beamten die betrübliche Tatsache, dass gewisse Truppenteile, insbesondere Mannschaften an den Maschinengewehren, als durchaus unverlässlich bezeichnet werden müssten. Wenn Zivilisten, namentlich Arbeiter, an solchen Truppenteilen vorbeigingen, rufe die Mannschaft den Leuten zu, sie sollten außer Sorge sein, heute Nachmittags würden die Mannschaften nicht auf die Bevölkerung schießen u. etwaigen derartigen Befehlen keine Folge leisten. Auch sonst gab das Verhalten mancher Truppenteile zu lebhaftem

bedenken Anlass. Die Polizeidirektion gab die Meldung sofort an die militärischen Stellen weiter, die darauf hin die unzuverlässigen Mannschaften durch andere ablösen liessen. Als aber die Polizeibeamten die Ablösungsmannschaften neuerdings beobachteten, ergab sich vielfach, dass auch diese schon nach links abgeschwungen waren. Wiederum übermittelte man den Militärbehörden die Befürchtung u. dringende Warnungen, allein die Kommandobehörden waren schon jetzt nicht mehr im Stande, gewisse Truppenteile im Zaume zu halten. Polizeilicherseits konnte zunächst nichts weiter getan werden. Die auf 3 Uhr Nachmittags anberaumte Demonstrationsversammlung war von über 50000 Menschen besucht. Um 3½ Uhr meldete der Polizeipräsident am Fernsprecher dem Minister des Innern, dass bei der Versammlung Kurt Eisner mit etwa 1000 Soldaten u. Matrosen in Uniform erschienen sei, diese hätten sich auf ein Zeichen gesammelt, rote Fahnen entfaltet u. seien geschlossen den Abhang der Theresienwiese herabgestürzt. Abgeordneter E. Auer, der sprechen solle, wurde von der Garde Eisners unterbrochen. Der Minister des Innern beauftragte den Polizeipräsidenten, sofort, soweit es nicht schon geschehen ist, dafür zu sorgen, dass alle Maßnahmen zur Unterdrückung von Unruhen in Vollzug gesetzt werden, u. sich zu diesem Zweck insbesondere ohne Verzug mit der Stadtkommandantur ins Benehmen ^{zu} setzen. Der Polizeipräsident verständigte sogleich persönlich den Stadtkommandanten u. erbat dringend sofortiges Eintreten zuverlässiger Truppen. Die Stadtkommandatur hielt aber das Aufgebot von Truppen für opportun. Etwas

später meldete der Polizeipräsident dem Minister des Innern durch den Fernsprecher, dass die Versammlung auf der Theresienwiese zu Ende sei. Auer habe gesprochen u. die Friedensentschließung sei angenommen worden; es hätten sich nun einige grosse Züge von Demonstranten von dort aus in Bewegung gesetzt. Ein Zug, insbesondere Soldaten u. Matrosen, unter der Führung Eisners ginge zu den Kasernen, der andere Zug- Mehrheitssozialisten- bewege sich zum Friedensdenkmal im Osten der Stadt. Der Minister wiederholte seine, früheren Auftrag zum entschiedensten Vorgehen gegen die Demonstranten, insbesondere gegen

den gefährlichen Zug Eisners. Der Polizeipräsident teilte hier-
auf mit, dass er bereite die erforderlichen ^{Polizeilichen} Anordnungen getroffen
u. sich mit der Militärbehörde dringend ins Benehmen gesetzt
habe, die das weitere veranlassen wolle.

Die Menge unter Eisner, der nachenden Zulauf von den Straßen u.
aus den Kasernen erhielt, zog von Kaserne zu Kaserne, zw den mili-
tärischen Depots u. bemächtigte sich dort zahlreicher Waffen (Mas-
(Maschinen- u. anderer Gewehre), erhebliche Mengen von Munition, von
Handgranaten, von Ausrüstungsstücken, von Kraftwagen u. s. w.

Die Schutzmanschaft wurde, wo sie sich stellte, in ihrer geringen
Zahl von den Umstürzern überrannt ^{u. L} musste sich zurückziehen.
Das Militär leistete fast nirgends Widerstand u. ging zuletzt ^{meist}
zu den Aufrührern über. In kurzer Zeit waren die wichtigsten
Kasernen u. Militärbauten in den Händen der Revolutionäre; Ver-

schiedene militärische Stellen riefen im Laufe
des Nachmittags die Hilfe der Polizei gegen einbrechende Umstürz-
ler an. Die militärische Wache in der Residenz liess sich ^{Kampf-}
los die Waffen nehmen u. wurde aus ihren Wachräumen geradezu hin-
ausgeworfen. Die in der Residenz anwesende Polizeimannschaften
harrten danach noch viele Stunden in treuester Pflichterfüllung ^{aus.}
Die Stadtkommandantur erklärte auf wiederholte dringende ^{An-}
Anrufe des Polizeipräsidenten, dass sie nichts mehr wachen könne;
die Soldaten muterten, es gebe in München nicht mehr genügend
zuverlässige Truppen, es bliebe daher nichts ^{anderes} Übrig, als die
der Sache ihren Lauf ^{lassen.} In der Kammer der Abgeordneten

wurde Nachmittags ab 4 Uhr eine Interpellation über Kartoffel-
versorgung verhandelt, die der Minister des Innern zu beantworten
hatte. Nach Abridigung der Interpellation nach 5 Uhr wurde im ⁴
Ministerzimmer des Landtagsgebäudes von den Ministern des Innern
u. des ^{Al}ters mit dem Kriegsminister die Lage besprochen, wobei
dieser vorerst keinen Weg wusste, um die Unruhen u. ^{dem} Aufruhr ^{durch}
Militär zu unterdrücken. Hatte ja bereits sogar das stellv.
Generalkommando I. Armeekorps die Polizei um Schutz gebeten, ^{da anti-}
französischen Fabrikarbeiter die Schutzmanschaft gelobten.

W. Abends gegen 7 Uhr kamen die Minister beim Kriegsminister nochmals zur Besprechung der Lage zusammen. Dieser musste bisbei erklären, dass er z. Zt. in München machtlos sei, es stünden ihm hier keine Truppen mehr zur Verfügung, um die Ordnung wieder herzustellen. Bei Landsberg a. Lech u. Umgebung stände eine unserbayerische Reservedivision, die zum Schutz gegen einen allenfallsigen Einbruch vom Süden her eingesetzt werden sollte. Der Kriegsminister werde persönlich ~~die Wiederherstellung der Ordnung in München~~ in der Nacht mit ihr Verbindung suchen, damit sie, wenn möglich, ~~die Wiederherstellung der Ordnung in München herausholen werde.~~ ~~die Revolution befreite,~~ Hauchbare bayerische Truppen seien nicht in erreichbarer Nähe, sie ständen schon in Tirol gegen den Brenner u. im Westen. ~~Da nach den vorliegenden polizeilichen Meldungen~~ damit gerechnet werden musste, dass die Revolutionäre in der Nacht ausser den Ministerien ^{u.} ~~die~~ Residenz besetzen u. den König, ~~so-~~ wie die kranke Königin beherrschen u. versuchen werden, den ersteren zur Abdankung zu zwingen, ~~waren alle Minister der Ansicht, dass~~ der König mit seiner nächsten Familie vorerst bis zur Klärung der Lage München verlasse. Die Minister des Egl. Hauses u. des Aussehens sowie des Innern begaben sich infolge dessen zum König, um ihm über den Stand der Dinge zu berichten u. zu empfehlen, dass er sich mit seiner nächsten Familie sofort vorerst bis zur Klärung der Lage von München fortbewege.

Der König war ohne Weiteres einverstanden. Als Ort des Aufenthalts wurde Wildenwart gewählt, wohin der König mit der Königin, den Töchtern u. dem Erbprinzen in der Nacht mit Kraftwagen fuhr. Nach ~~der~~ Besprechung mit dem König kehrten die Minister wieder ins Kriegsministerium, von wo aus sie die Minister in ihre Ministerien begaben, um dort bei einer ~~Besetzung~~ dieser anwesend zu sein. Eine solche erfolgte in der Nacht nur beim Kriegsministerium. Ein Versuch des Polizeipräsidenten, mit einer Schar treuer Beamter das Kriegsministerium wieder zu entsetzen, wurde aufgeweckt; die im Kriegsministerium anwesenden Offiziere erklärten selbst, dass jeder Widerstand ^{unmöglich} fruchtlos sei. Nach 10 Uhr Nachts meldete telefonisch der Polizeipräsident dem Minister des Innern, dass ^{15.}

sich ein Soldaten- u. Arbeiterrat gebildet u. die Polizeidirektion besetzt habe; er habe auszuhalten bis zum letzten Augenblick, ein weiterer Widerstand gegen die anstürmenden Revolutionäre sei aussichtslos u. unnütz. Nun habe er sich unter Wahrung seiner grundsätzlichen Stellung für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe u. Ordnung zur Verfügung gestellt, damit Schlimmeres, Plündерungen u. dgl. vernützt werden können. Etwas später meldete der Polizeipräsident, dass der Arbeiter - u. Soldatenrat, ohne Widerstand bei der Wache zu finden, das Landtagssgebäude besetzt habe, wo er unter dem Vorsitz des K. Eisner wegen Bildung einer Regierung tage. In der Nacht ließ der Minister des Innern den Chef des Gendarmeriekorps zu sich kommen, um ihn anzuweisen, sofort die Einleitung zu treffen, dass eine möglichst grosse Anzahl von Gendarmen nach MÜNCHEN zusammengezogen werden, die nach Wiederherstellung der Ordnung durch das Militär die Schutzmanschaft unterstützen könne. Zwischen 12 u. 1 Uhr Machts kam auf Ansuchen des Ministers des Innern zu diesem der Landtagsschreiber anete E. Auer um die Lage, die Möglichkeit der Unterdrückung des Umsturzes durch die Regierung u. dgl. zu besprechen. Auer erklärte, dass die rechtsstehende Sozialdemokratie die gesamte Unwillkür nicht wünsche u. fördere; eine Unterdrückung durch die Regierung (nicht durch Auer) könnte aber nur noch in der Nacht erfolgen, Morgen sei es zu spät, da müsste die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft Mittel u. Toge suchen, um wieder Ordnung zu schaffen. Der Minister des Innern musste hierauf erklären, dass ihm zur Zeit leider keine genügenden Nachtmittel zur Verfügung ständen, um den Umsturz ~~niederzuwerfen~~ niederzuwerfen. Die Polizeimannschaft sei ohne Zweifel unzureichend u. das Militär habe entgegen dem Erwarten u. der Zusatz der militärischen Stellen ~~gründlich~~ verpasst. Ob es dem Kriegsminister, der persönlich zu diesem Zwecke fort sei, gelingt, in der Nacht zuverlässige Truppen zu erreichen, wisse er ~~damals~~ nicht; er hoffe es. Vermittags, am 8. November wurde unter den alten Ministern der ~~alte~~ Plan erwogen, ob es sich empfehle, München zu verlassen u. vor einem

auswärtigen Platze (Landshut, Regensburg,) aus den Versuch zu machen, die Gewalt wieder in die Hände zu bekommen. Der Plan wurde wieder aufgegeben, da man hoffte, dass es dem Kriegsminister - ^{in München} - doch noch gelingt, mit auswärtigen Truppen die Ordnung wiederherzustellen, u. da man auch nicht über die Lage in den anderen Städten im Klaren war. Fernsprechverkehr war nicht mehr möglich.

Am Dem Kriegsminister war es im Laufe der Nacht gelungen, persönlich Fühlung mit Feinden der ausserbayerischen Reservedivision zu erhalten. Am 8. November ^{Mittag}, wollte er mit diesen Truppen ^{verbündet} vorgehen, worüber er ^{gegen} den Ministern des Aussern u. Innern durch einen Verbindungsoffizier in Zivil Vermittags Mitteilung zukommen liess. Der ^{in München} Versuch dieser Truppen gegen München misslang jedoch vollständig; auch sie waren nicht mehr verlässig. Gegen

Am Mittag des 8. November kam auf Ansuchen Abgeordneter Auer nochmals zum Minister des Innern, bei dem die Minister v. Bandl u. Dr. v. Knilling waren, u. teilte mit, dass Verhandlungen bezüglich der Bildung des neuen Ministeriums für den freien Volksstaat Bayern im Gange seien, die veransichtlich zum Ziele führen dürften. Um 3 Uhr Nachmittags wurde die Entscheidung fallen. Es sollen erhalten: Kurt Eisner - Vorsitz u. Ausseres, ⁺

Turm- Justiz-; Auer - Inneres; Hofmann - Kultus u. Unterricht;

Am Frauendorfer - Verkehr; Unterleitner - Soziales. Zm einem Niederwerfen der Revolution durch die Regierung sei es zu spät.

Am Mittags kamen Meldungen aus Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Straubing dass sich dort die gleiche Bewegung, wie in München, u. zwar in Ruhe vollzogen habe. Hiermit war das Schicksal des Königstums u. der alten Regierung entschieden. Am 8. November Nachmittags wurde die Errichtung des Volksstaates Bayern u. das neue Ministerium Kurt Eisner als Ministerpräsident bekannt gegeben.

gelungen ist die Umwälzung im ersten Ansturm, weil die militärische Abwehr, die allein in der ~~Umwälzung~~ ^{Widerstand gegen die Umwälzung} gewesen wäre, entgegen der bestimmten Annahme der verantwortlichen Stellen vollständig ver-
sagt. Unter den Münchner-Truppenteilen sind wohl noch viel verlä-
sige - ländliche - Soldaten gewesen; sie waren aber in den Truppenteilen zerstreut. Auch kann man sich den Eindrücke nicht
erwöhren, dass die Offiziere sich sehr zurückhaltend gehalten
^{und das ist}. Haben ^{Haben} sich die Hunderte von Offizieren gesammelt, die im Kriegsministerium u. in anderen militärischen Zentralstellen be-
schäftigt waren, so hätten sich bald Hunderte von Unteroffizieren
u. Mannschaften angeschlossen, welche Macht wohl genügt hätte, um die Oberhand zu bekommen.

Im Übrigen ist ja nicht zu bezweifeln, dass die Truppen sehr stark revolutionär durchseucht waren, wie überhaupt die Revolution vor allem auf militärischer Grundlage aufgebaut war.

Eine wesentliche Forderung fand Kurt Eisner bei dem Umsturz darin, dass einige Führer des Bauernbundes sich beteiligten u. hiervon zum Ausdruck brachten, dass auch ein Teil der Bauernschaft den Umsturz will. Wäre ^{hätte} Eisner nicht infolge der Teilnahme der ^{hätte} ebrüder Gundorfer rechnen können, dass auch andere Führer u. Mitglieder des Bauernbundes sich anschliessen, so hätte er vielleicht den Umsturz am 7. November gar nicht gestartet.

Was die Frage anbelangt, ob die staatliche Beamenschaft ^{mitte} die Revolution lebensfähig machen können (Döberla. a. d. S. 40/41), so ist wohl sicher, dass die Beamten die Auswirkung der Revolution hätten unterbinden können, wenn sie einig u. geschlossen

die Mitarbeit bei der neuen Staatsform verweigert hätten. Darauf war aber gar nicht zu denken; insbesondere nicht bei der grossen Beamenschaft der Verkehrsanstalten, deren Arbeit im Staate u. Wirtschaft sieben ganz besonders wichtig ist. Hat ja der frühere Verkehrsminister v. ^Wratzenborfer allerdings aus immerhin beachtenswerten neuengründen - sich dem neuen Freistaate selbst zur

Verfügung gestellt. Mitten nur die höheren Beamten die Mitarbeit versagt, so wäre die Gefahr entstanden, dass zum Schaden des ^{u. politische Strebe z. d. in höheren Stellung u. mehr zur Fällung gekommen} Ganzen gerade die besten Elemente ausgeschieden wären, als so vieler, der Fall war. Die abgehenden Minister haben daher nach reiflicher Erwägung den Beamten geraten, die Arbeit zunächst fortzuführen, die im Interesse der Erhaltung von Ruhe u. Ordnung im Lande absolut nötig seien, wie insbesondere u. bei Ernährungswesen, bei Erhaltung der Sicherheit, bei der Gesundheitspflege, der Rechtspflege u. A. Im übrigen sollten die Beamten ^{an} erwarten, wie sich die Entwicklung gestaltet. Hiermit steht die ^{an} in Einklang die Erklärung des Königs Ludwig III. vom 13. Nov. 1918, in der er allen Bekannten, Offizieren ^{u.} Soldaten, die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen freistellt u. sie den geleisteten Treueides entbindet.

Wäre es gelungen, am 7. November 1918 in München die Revolution zu unterdrücken, so wäre hiermit die Revolutionswelle für Bayern nur aufgehalten, ^{u.} aber nicht abgehalten worden. Nach dem Umsturz in Berlin z. A., der schon vor dem 7. November vorbereitet war, u. auch ohne den Umsturz in Bayern sicher gekommen wäre, wäre die Welle wohl mit Kraft wiedergekehrt. Außerdem wäre es vielleicht dann möglich gewesen, die Führerschaft K. Eisners auszuschalten, die Bayern soviel des Übelns gebracht hat. Das Schicksal des Kaisertums im Reiche wäre nicht aufzuhalten gewesen. Diese war durch die Politik vor u. im Kriege, sowie durch den unglücklichen Ausgang diese, so diskreditiert, dass das Volk in seiner Überszahl die Beseitigung des Kaisertums unbedingt gefordert hätte, nunmalen in weiten Kreisen - allerdings in irriger Weise - damit rechnete, dass Deutschland bei Ab-

schaffung des Kaiseriums einen besseren Frieden erhält.
Ein solcher Vorgang im Reiche konnte natürlich nicht ohne
Einfluss auf den Bestand der Monarchie in den Bundesstaaten
sein.

Dr. v. Brettreich
Ruhpolding August 1920 / Juni 1921

in Eigentümigkeit mit Herrn
Bundesminister v. Dassow auf.

etc.